

zigen Gottesvolkes, wir können, ja wir müssen einander lieben.

Lange habe ich gebraucht, bis ich verstanden habe, was das Konzil mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit eines »geistlichen Ökumenismus« meint.

Bei der christlich-jüdischen Gemeinschaftsfeier unseres Katholikentages ist mir das zum Erlebnis geworden.

Christen und Juden können miteinander beten.

Christen und Juden dürfen miteinander hoffen.

Christen und Juden müssen einander lieben.

Das, so verstehe ich es jetzt, ist geistlicher Ökumenismus. Dann aber sah ich auch in Gedanken die Apsis der Grabkirche vor mir. Da befinden sich doch über dem Hochaltar drei Glasgemälde: das Abendmahl in der Mitte, zu den Seiten das Opfer des Melchisedek und das Paschamahl beim Auszug aus Ägypten.

Melchisedek und Abraham, Gestalten aus zwei verschiedenen Religionen, haben im gemeinsamen Glauben an den einen »höchsten Gott« (vgl. Gen 14, 14.18.22) sich die brüderliche Haltung nicht verweigert¹⁰.

Im jüdischen Paschamahl, das dieses Volk noch heute an seinen Auszug aus dem Land der Knechtschaft erinnert, ist, wie das Konzil sagt, »das Heil der Kirche geheimnisvoll vorgebildet« (s. o. ⁵), das Heil, auf das wir hoffen.

Beim letzten Abendmahl hat der Herr der Kirche, Jesus Christus, der Stifter des Neuen Bundes, im Rahmen des äusseren Nachvollzugs dieses Paschamahles uns sich selbst im eucharistischen Geheimnis des Glaubens geschenkt.

So deuten die Bilder in der Apsis der Deggendorfer Gnad auf ihre Art hin auf das »eine und einzige Gottesvolk«. Das jedoch sollte gerade uns Priester des Ordens- und Bistumsklerus wie unsere Ordensfrauen ermuntern, unser Breviergebet und die alttestamentlichen Lesungen bei der heiligen Messe als die beauftragten Vertreter des einen und einzigen Gottesvolkes im Geist und in der Wahrheit zu beten oder zu hören.

Es sollte uns ermuntern, aus der grossen Hoffnung des einen und einzigen Gottesvolkes beispielhaft zu leben durch die Wirklichkeit der evangelischen Räte, der Armut, des Gehorsams und der Keuschheit, dieser Lebensweise, die Jesus Christus inmitten der Brüder und Schwestern seines Volkes vorgelebt hat.

Die Gnadkirche will uns gemahnen, die Liebe Jesu Christi, mit der er sich uns im eucharistischen Geheimnis für immer hingegeben hat, weiter zu verschenken an alle Glieder des einen und einzigen Gottesvolkes, an Juden wie an Christen, ja, an alle Menschen. Nur diese Liebe entspricht dem Geist Christi¹¹. Amen.

¹⁰ s. dazu Franz Mussner, Bemerkungen eines christlichen Theologen zu Melchisedek, Nachschrift einer Vorlesung.

¹¹ Erklärung des II. Vatikanischen Konzils »Nostra Aetate« Nr. 5. Alle Anmerkungen durch Red. d. FrRu.

4 Zum Gedenken an den 9. November 1938

I Ansprache von Bundeskanzler Helmut Schmidt
in der Gedenkfeier zum 9. November 1938
in der Grossen Synagoge Köln
am 9. November 1978*

Beim Propheten Jesaja heisst es: »Wie geht das zu, dass die fromme Stadt zur Dirne geworden ist? Sie war voll Rechts, Gerechtigkeit wohnte in ihr, jetzt aber – Mörder.«

* Entnommen dem »Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung«, Nr. 130, S. 1213–1217, Bonn, 10. 11. 1978.

Herr Bundespräsident, verehrte Kölner Bürgerinnen und Bürger, verehrte Juden und Christen und Freidenker in Deutschland!

Die deutsche Nacht, zu deren Gedenken wir uns heute nach vierzig Jahren versammelt haben, bleibt Ursache für Bitterkeit und Scham. Wo Gotteshäuser brannten, wo auf einen Wink der Machthaber zerstört und geraubt, gedemütigt, verschleppt, eingekerkert wurde, da gab es keinen Frieden mehr, keine Gerechtigkeit, keine Menschlichkeit mehr. Der 9. November 1938 war eine Station auf dem Wege in die Hölle.

I.

In dieser Gedenkstunde muss zunächst von Ereignissen und Tatsachen gesprochen werden, von Verhängnissen und Verbrechen, für deren Bewertung heute genausowenig ein hilfreiches Vokabular zur Verfügung steht wie damals.

Die Synagoge war 1938 wie zu allen Zeiten Gotteshaus, Raum des Gebetes der Gemeinde. Die Synagoge war aber für die seit dem Frühjahr 1933, seit den »Nürnberger Gesetzen« von 1935¹ in immer ärgere Bedrängnis gebrachte jüdische Minderheit zugleich ein Symbol des jüdischen Lebens in Deutschland – auch für jene, die am religiösen Leben nicht teilnahmen. Als die Synagogen zerstört wurden, begann dieses Leben zu erlöschen.

Drei Jahre später folgte der Entschluss der Machthaber zu der von ihnen so genannten »Endlösung der Judenfrage«, der Entschluss zum Massenmord, den sie sodann mit kalter Energie und zweckgerichteter Brutalität im Bereiche ihrer Herrschaft in die Tat umgesetzt haben.

Wer um Frieden bittet und darüber hinaus um Versöhnung, der muss wahrhaftig sein, der muss zur Wahrheit sich fähig machen. Die Wahrheit ist: heute vor 40 Jahren wurden 30 000 jüdische Mitbürger verhaftet, die allermeisten von ihnen in Konzentrationslager verschleppt, 91 jüdische Menschen wurden ermordet, sehr viele wurden gequält. Die Wahrheit ist: 267 Synagogen wurden verbrannt oder zerstört; viele Tausende Geschäfte und Wohnungen wurden verwüstet.

Ich mag für die Verbrechen jener Nacht jenes Wort nicht benutzen, das in diesen Tagen vielfältig, aber zum Teil eben auch gedankenlos bagatellisierend, für diese Ereignisse in Gebrauch ist.

Die Wahrheit ist auch, dass sehr viele Deutsche die Verbrechen und Vergehen missbilligt haben; ebenso: dass sehr viele andere davon damals nichts oder fast nichts erfuhren.

Die Wahrheit ist, dass gleichwohl sich dies alles vor den Augen einer grossen Zahl deutscher Mitbürger ereignet hat, dass eine weitere Anzahl von den Geschehnissen unmittelbar Kenntnis erhielt.

Die Wahrheit ist, dass die meisten Menschen furchtsam schwiegen; dass auch die Kirchen furchtsam schwiegen – obgleich doch Synagoge und Kirche dem gleichen Gott dienen und im Geist desselben Testaments verwurzelt sind.

II.

Der deutsch-jüdische Philosoph Martin Buber hat vor fünfundzwanzig Jahren in der Pauluskirche gefragt: »Was bin ich, dass ich mich vermessen könnte, hier zu vergeben?« Aber er hat später in derselben Rede auch gesagt: »Mein der Schwäche des Menschen kundiges Herz weigert sich, meinen Nächsten deswegen zu verdammen,

¹ Das Reichsbürgergesetz und das nachfolgende »Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« werden als die Nürnberger Gesetze bezeichnet, weil sie auf dem Reichstag in Nürnberg erlassen worden sind (Anm. d. Red. d. FrRu).

weil er es nicht über sich vermocht hat, Märtyrer zu werden^{1*}.«

Märtyrer freilich hat es später gegeben – in den Kirchen, in der Arbeiterbewegung, im Bürgertum und im Adel.

Einer von ihnen, General Henning von Tresckow, hat unmittelbar nach der Nachricht vom Scheitern des Aufstandes vom 20. Juli 1944 gesagt: »Wenn Gott einst Abraham verheissen hat, er werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unseretwillen nicht vernichten wird.«

Ungezählte Deutsche haben ihres Widerstandes wegen den Tod gefunden. Wie hatte aber dies ungeheure kollektive Verbrechen geschehen können? Was war vorangegangen, dass ein so unerhörtes gemeinsames Verbrechen durch viele Täter sich reibungslos vollziehen konnte? Wie hatte es im Deutschen Reich zu jenem, dem Verbrechen vorangehenden Prozess der Auflösung der deutsch-jüdischen Verbindung kommen können?

III.

Wir wissen, dass das Verhältnis zwischen jüdischer Minderheit und nicht-jüdischer Mehrheit in Deutschland nie frei von Spannungen gewesen war. Wieso aber die in diesem Verhältnis enthaltenen Spannungen so entarten konnten, dass schliesslich die Katastrophe ermöglicht wurde, das ist eine Frage zugleich der jüdischen und der deutschen Geschichte. Ihre Erforschung rührt an Grundprobleme der jüdischen wie der deutschen Situation – darüber hinaus vielleicht sogar an Grundprobleme der menschlichen Seele.

Seit der Aufklärung des 18. Jahrhunderts und der ihr folgenden jüdischen Emanzipation gab es zunächst wohl nur wenige Völker in Europa, in denen die Juden sich heimischer fühlten als bei uns. Es gab kaum ein Volk, in dem der jüdische Anteil in Gesellschaft und Staat, in Kunst, Literatur, Philosophie und Wissenschaft stärker gewesen wäre als bei uns. Ich erwähne beispielhaft einige wenige Namen: Moses Mendelssohn, das Urbild von Lessings Nathan, Heinrich Heine, Arthur Schnitzler, Franz Kafka, Franz Werfel, Stefan Zweig, Karl Kraus; Lassalle, Marx, Oppenheimer, Scheler, Gundolf, Buber, Mannheim; Franz Marc, Max Liebermann, Arnold Schönberg; und schliesslich Albert Einstein.

Sie wie die meisten der 700 000 Juden in Deutschland fühlten sich – trotz des schon vor hundert Jahren sichtbaren Menetekels antisemitischer Hofprediger – nicht als Angehörige einer eigenständigen nationalen Minderheit, sondern als Deutsche. Und sie wurden zumeist als Deutsche betrachtet. Sie haben, untrennbar, an unserer geistigen Geschichte mitgewoben.

Wir schulden ihnen ebenso Dank wie allen unseren geistigen Vorvätern. Wir sollten wissen, dass mit der Vertreibung der Juden und mit dem Mord an ungezählten jüdischen Mitbürgern unser Volk geistiger Schöpfungskräfte beraubt worden ist, die bis heute nicht ersetzt sind und die unersetzlich bleiben.

IV.

Wenn es aber doch nie wieder vorkommen darf, dass deutsche Bereitschaft zur Pflichterfüllung, zum Gehorsam,

zum Einsatz für Ideale zu Kadavergehorsam pervertiert und irregeleitet wird in gemeinsames verbrecherisches Handeln, dann genügt es noch nicht, ein Widerstandsrecht ins Grundgesetz geschrieben zu haben. Sondern dann müssen wir die jungen Menschen unseres Volkes durch Vermittlung historischer Kenntnisse und durch unser eigenes Beispiel dahin erziehen, dass sie nach dem moralischen und menschlichen Wert und dem Sinn ihrer Handlungen fragen – auch dann, wenn diese ihnen als aufgegeben erscheinen mögen in einem Treueverhältnis oder in einer Gehorsamspflicht zu einer »Idee« oder zu einem Gesetz.

Wenn wir es besser machen wollen als die damaligen Generationen, dann müssen wir wissen, was jene falsch gemacht und warum sie gefehlt haben.

Die damaligen Generationen konnten 1933, 1935 oder 1938 die Katastrophe einer anti-humanen Diktatur nicht mehr verhindern, weil ihnen die Demokratie, die 1918 ausgerufen war, schon aus den Händen geglitten ist, noch bevor sie die Demokratie bewusst angenommen und entfaltet hatten.

Das am 9. November 1918 unversehens empfangene politische Erbe war ohne eine gemeinsam annehmbare geistige Hinterlassenschaft gewesen. Das kulturelle Erbe dagegen entstammte vielfach einer demokratie-feindlichen Kultiviertheit, die Thomas Mann treffend als »machgeschützte Innerlichkeit« bezeichnet hat.

Die Untertanen-Mentalität war keineswegs überwunden, der der grosse Teil des Bürgertums – nach der Selbstaufgabe von dessen politischem Freiheitswillen in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts – sich hingegeben hatte.

Der klaffende Gegensatz zwischen wirtschaftlich-technischer Modernität und politisch-gesellschaftlicher Reaktion des kaiserlichen Deutschland wurde keineswegs überwunden, als der Obrigkeitsstaat 1918 plötzlich zusammenbrach. Demokratisch unerzogen und politisch unvorbereitet sahen sich Bürgertum und Landvolk mit den Möglichkeiten und den Gefährdungen der parlamentarischen Demokratie und mit einer offenen Gesellschaft konfrontiert.

Viele begriffen die Demokratie nur als Technik und nicht als sittliche Einstellung, bei welcher die Würde des Menschen oberster Grundsatz ist.

Die Demokratie konnte aber weder mit ihren inneren Feinden noch konnte sie mit ihren – durch Versailles und danach durch die erste Weltwirtschaftskrise noch verschärften – enormen ökonomischen und sozialen Problemen fertig werden.

Viele Deutsche jener Epoche, die sich zum Teil der Schutzwälle zugunsten ihrer alt-gewohnten Privilegien beraubt sahen, die sich zum anderen Teile ihrer schimmernden Idole beraubt sahen, die zum dritten Teile über Kriegsausgang, Sinnlosigkeit der Opfer und Verkleinerung des Reiches tief enttäuscht waren, sie alle verachteten und hassten die Demokratie und die Demokraten, weil sie nach Schuldigen suchten, auf die sie ihre Wut richten konnten.

Das galt auch für viele Beamte und Soldaten und Richter. Feinde der demokratischen Verfassung blieben oder wurden Staatsanwälte, Richter und beamtete Staatsrechtslehrer. Vom Kaiserreich über Weimar bis zur Rechtfertigung der Morde in der Röhm-Affäre, von der Rechtfertigung der Durchbrechung der Verfassung und der Akzeptanz der vom Führer eigenmächtig gegebenen rechtswidrigen Befehle vollzog sich bis zum Volksgerichtshof ein kataraktartiger, aber folgerichtiger Verfall der politischen Justiz.

^{1*} Vgl. Martin Buber: »Das echte Gespräch und die Möglichkeiten des Friedens. Rede, gehalten anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels am 17. 9. 1953 in der Paulskirche«. Verlegt bei Lambert Schneider, Heidelberg, gedruckt Kempten 1953. – Vgl. ferner: FrRu VI (Februar 1954), Nr. 21/24, S. 48; sowie: »Martin Klee / M. Buber: »Ewige Feindschaft? Über das Verhältnis zwischen Juden und Deutschen«, a. a. O., September 1954, Nr. 25/28, S. 46 (Anm. d. Red. d. FrRu).

Das Wort Jesajas erfüllte sich: Aus der Stätte des Rechtes und der Gerechtigkeit wurde eine Behausung der Mörder. Die Flucht in den Hass fand ihre Ziele: Demokraten, Gewerkschafter, Künstler, Dichter, Gelehrte, Bekenner insgesamt – sie alle trieb man ins Exil oder ins Konzentrationslager.

In den Juden aber traf man die Aufklärung und die freiheitliche Emanzipation im Kern! Das jüdische Schicksal in Deutschland war ja wesentlich geistige, gesellschaftliche, politische Emanzipation gewesen – menschliche und menschheitliche Emanzipation. Wer alles Streben nach Emanzipation für verdammenswert hielt, der war allerdings verführbar, das Judentum als Sündenbock für all seine eigenen Ängste und Frustrationen zu akzeptieren und diese am Judentum auszulassen.

Es waren Hitler und seine Gesellen, die Deutschland und seine Juden und unsere Nachbarvölker mit unerhörter krimineller Energie in die Katastrophe führten – aber der Boden war schon vorher bereitet gewesen. Die Erziehung zur Demokratie, die Erziehung zum eigenen Urteil, die Erziehung zur Humanitas, die Erziehung zu Würde und Freiheit der Person hatte generationenlang vorher nicht ausgereicht.

Allein die Arbeiterbewegung, das Zentrum und nur schmale Schichten des Bürgertums hatten sich dieser Erziehung angenommen. Zwischen 1919 und 1930 wurde offenbar, dass diese Kräfte nicht zahlreich genug, nicht stark genug waren, um die zentrale Aufgabe der Erziehung zur Liberalität und zur Humanitas nach Tiefe und Umfang ausreichend zu lösen.

V.

Warum blicken wir auf dies alles heute zurück?

Nicht, um uns zu distanzieren von unserer eigenen Geschichte. Nicht, um mit dem Finger auf andere zu zeigen, die Schuld auf sich geladen haben. Sondern wir blicken zurück, weil unsere Generation und die nachfolgenden Generationen lernen wollen, wie Juden und Nicht-Juden in Deutschland friedlich miteinander leben können.

Wir blicken zurück, um zu lernen. Wir blicken zurück und versuchen zu begreifen und zu bewerten, damit die Konsequenzen gezogen werden können. Damit diejenigen einen unbefangenen Umgang miteinander finden können, die damals Kinder waren oder die erst später geboren wurden – das sind in Deutschland mehr als zwei Drittel aller Bürger.

Wir gedenken um zu lernen, wie Menschen miteinander umgehen sollen und wie sie miteinander nicht umgehen dürfen.

Es kann nicht darum gehen, unser Volk in den Schuldurteil der Geschichte zu werfen. Ich wiederhole, was ich in Auschwitz sagte: Die heute lebenden Deutschen sind als Personen zuallermeist unschuldig. Aber wir haben die politische Erbschaft der Schuldigen zu tragen und aus ihr die Konsequenzen zu ziehen. Hier liegt unsere Verantwortung.

Es wäre sehr unredlich und ausserdem gefährlich, die junge Generation mit Schuld belasten zu wollen. Aber sie trägt unsere Geschichte mit, sie ist – wie wir selbst – Teil unserer Geschichte. Die Teilhabe nimmt uns und sie in die Verantwortung für morgen und übermorgen. Ich füge aber mit grossem Nachdruck hinzu: auch junge Deutsche könnten noch mitschuldig werden, wenn sie ihre aus dem damaligen Geschehen erwachsene heutige und morgige Verantwortung nicht erkennen.

Die jungen Deutschen sollen wissen: mit der Suche nach Sündenböcken hat es angefangen. Mit Gewalt gegen Schriften und Bücher und mit Gewalt gegen Sachen hat

es sich fortgesetzt. Die Gewalt gegen Menschen war dann nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Mit der Verachtung der Würde eines Mitmenschen, mit dem Niederbrüllen von anderer Bürger Meinung hat es begonnen. Mit der pauschalen Verurteilung des ganzen demokratischen Systems setzte es sich fort. Der Mord war schliesslich nur noch die vorbereitete Konsequenz.

Die Parallelität allen Terrorismus muss offengelegt werden, wenn wir lernen wollen! Die unentrinnbar sich entfaltende Konsequenz aus anti-humanen Verhaltensweisen muss verstanden werden, wenn wir lernen wollen!

Die Verdammungswürdigkeit aller Pauschal-Verurteilungen muss erlebt werden, wenn wir lernen wollen – seien sie gerichtet gegen »die Juden«, »die Deutschen«, »die Kommunisten«, »die Kapitalisten«, gegen »das System« oder gegen »das Establishment«.

Die Fähigkeit zum unabhängigen, individuellen, eigenständigen kritischen Urteil muss ausgebildet werden.

Und es muss gelernt werden, dass es in unserer zerstrittenen Welt und in jeder Gesellschaft darauf ankommt, die Freiheit als einen Handlungsspielraum zu begreifen, in dem es für die Freiheit des Einzelnen und der Gruppen durchaus rechtliche und moralische Grenzen gibt.

Demokraten zu erziehen heisst, jungen Menschen das Augenmass für Freiheit und Bindung zu geben. Sie zur Erkenntnis von und zum Respekt vor der Würde und der Unverletzlichkeit der Person jedes anderen zu befähigen. Sie zu lehren, die Humanitas, die res publica, das Recht und den Frieden als die Grenzen der Verfolgung eigener Interessen und eigener Konflikte zu begreifen.

Erziehung zur Demokratie heisst Erziehung zur Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns.

Zur Verantwortung der Folgen eigenen Handelns oder Nicht-Handelns gehört auch dieses: wo immer wir Angst begegnen, da müssen wir sie ernst nehmen. Sie kann eingebildet oder eingeredet sein. Wir müssen sie verstehen, und sie entkräften; oder wir müssen Abhilfe schaffen. Denn aus Angst – das haben wir aus der Zeit von 1918 bis 1930 zu lernen! – kann Wahn und Hysterie, kann Aggressivität entstehen. Der Wahn, die Schuld für eigene Beschwer läge bei einem anderen. Die Hysterie, diesen anderen zum Sündenbock zu machen. Die Flucht sodann in Hass und Aggression, dies alles sind Gefährdungen nicht bloss einer einzigen Generation, nicht nur in einem einzigen Volke. Wir müssen diesen Gefahren entgegen treten – durch Erziehung und durch eigenes Beispiel.

Wir heutigen Deutschen, die wir mit unseren Nachbarn Verständigung, Ausgleich und Frieden suchen, die wir im Geiste einer freiheitlichen Verfassung sozialen Ausgleich und Frieden im Innern bewahren wollen, wir müssen uns an diesen Ansprüchen messen lassen.

Wir sehen manche Sorge und manches Erschrecken bei vielen Mitbürgern – Juden ebenso wie Nicht-Juden –, wenn Zeichen einer vermeintlichen Wiederkehr nationalsozialistischen Gedankenguts auftauchen oder wenn mordwütiger Terrorismus an die Morde erinnert, deren Opfer zu Beginn der ersten deutschen Republik Rathenau, Erzberger, Luxemburg und Liebknecht gewesen sind.

Wir teilen die Empörung.

Zugleich haben wir uns aber zur rechtsstaatlichen Mässigung und zur Verhältnismässigkeit der Mittel in der Abwehr solcher Gefahren diszipliniert. Bei dieser Selbstdisziplin werden wir bleiben. Denn wir wollen das Übel des Anarchismus nicht mit dem Übel eines antiliberalen Über-Staates austreiben und vertauschen.

Wir bitten aber auch die Juden in der Welt und alle unsere Nachbarn mit erstem Nachdruck, unsere zweite deutsche Demokratie nicht an jenen wenigen verirrtten Extre-

misten und Terroristen zu messen, die auch in anderen Staaten kaum irgendwo belehrt oder verhindert werden können.

An dieser Stelle will ich dem Zentralrat der Juden in Deutschland dafür danken, dass er in dieser Frage immer wieder öffentlich unsere Zuversicht geteilt hat: der Rechts-Extremismus findet bei uns sicherlich keine Heimstätte mehr – wie auch der Linksextremismus nicht.

VI.

Wir werden des Rates unserer jüdischen Mitbürger bald in einer anderen Frage bedürfen, die jeden von uns in persönliche Verantwortung rufen wird.

Der vom geltenden Gesetz vorgesehene Eintritt der Verjährung einer Mordtat nach dreissig Jahren wirft im Hinblick auf 1979 eine schwerwiegende Frage auf. Sie verlangt nach einer Entscheidung, bei der wichtige moralische Prinzipien miteinander in Widerspruch geraten müssen.

Wir Politiker und Gesetzgeber werden zuhören, was unsere jüdischen Mitbürger, was unsere Freunde in Israel und was unsere Nachbarn dazu sagen werden. Wir werden – jeder für sich – darum bitten, dass unser Gewissen uns in dieser Frage recht handeln lässt.

Wir hoffen dabei auf Rat und Beteiligung vieler. Auch auf den Rat unserer Kirchen. Denn wir erinnern uns dankbar an die Stuttgarter Erklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland von 1945^{1a}, ebenso an das ergreifende Wort Papst Johannes XXIII. während des Zweiten Vatikanischen Konzils² – Worte, in denen beide Kirchen die Juden um die Hand zur Versöhnung baten. Auch die Erklärungen, die beide Kirchen zum heutigen Tage veröffentlicht haben, bauen auf diese Versöhnung, sie sprechen aus dem Geiste der Verständigung³.

Alle sollten sich daran erinnern, dass wir alle auf demselben tragenden Boden stehen, dass wir weithin dasselbe Buch für uns gelten lassen: die jüdische Bibel – das Alte Testament der Christen.

VII.

Der Ägypter Anwar El Sadat hat mir während langer Gespräche in eindrucksvoller Art seine Sicht der gemeinsamen geistigen und geschichtlichen Wurzeln des Judentums, des Christentums und des Islams erklärt. Er hat auf die gemeinsame Heimat, nämlich auf Sinai, hingewiesen und auf die gemeinsamen Propheten. Mit grosser innerer Überzeugung fragte er: Und es soll nicht möglich sein, dass zwischen diesen Dreien Frieden ist?

Ich füge Albert Einsteins rhetorische Frage hinzu: Wer will bezweifeln, dass Moses ein besserer Führer der Menschheit war als Macchiavelli!

Ich weiss, dass Begin und Sadat gleicherweise in den religiösen Traditionen ihrer Völker verwurzelt sind [s. o. S. 95]. Ich bin überzeugt, dass diese beiden Männer den Frieden ihrer eigenen Völker und ihrer Nachbarvölker wollen. Ich weiss, dass dies für viele Staatsmänner jener Weltregion gilt.

^{1a} Vgl. o. S. 34.

² Da immer wieder dieses angeblich von Papst Johannes XXIII. verfasste »Bussgebet« auftaucht, sei auf die Klarstellung verwiesen, wonach die Echtheit einer solchen Authentizität dieses Gebets nicht nachweisbar ist, und dass entsprechend auch diesbezügl. exegetische Bedenken bestehen (s. in FrRu XIX/1967, S. 105 f.). Hingewiesen sei aber auch auf einen »Gruss ohnegleichen«, mit dem Papst Johannes XXIII. im Oktober 1960 Repräsentanten des United Jewish Appeal empfing. Diese wünschten ihm auf ihrer Studienreise in Europa Dank abzustatten für Rettung von Juden als päpstlicher Delegat in der Türkei. Und er begrüsste sie mit den Worten des vierten Patriarchen: »Ich bin Joseph, Euer Bruder« (Gen 45, 4). (Vgl. FrRu XIII [Juni 1961] Nr. 50/52, S. 8 ff.).

³ s. o. S. 22 ff.; Anm. 1.

Wir Deutschen wünschen von Herzen, dass Juden, Muslims und Christen, dass Israelis und Araber in einem gerechten Frieden miteinander zu leben lernen.

Dem Gebot der Wahrhaftigkeit folgend bejahen wir das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker im Nahen Osten. Wir wissen: ein Leben frei von Not und von Bedrückung ist notwendig, damit die Menschen Frieden halten können.

Als deutscher Bundeskanzler, der heute zugleich zu allen Juden in der Welt spricht und für den die Kölner Synagoge die Stelle aller Synagogen in der Welt vertritt, füge ich einen Wunsch hinzu: Mögen alle Menschen im Nahen Osten, die bisher noch abseits stehen, sich dem friedensstiftenden Geschehen dieser Tage zuwenden! Mögen alle Völker und Staaten ihren Beitrag zum Frieden leisten.

Mögen sie alle erkennen, dass der Frieden ein Sieg des »homo humanus« über den »homo anti-humanus« ist, um noch einmal Martin Buber zu zitieren. Mögen sie alle wissen und beherzigen, dass der Frieden nicht möglich ist ohne den allseitigen Willen zu Ausgleich und Kompromiss! Mögen sie alle erkennen, dass in der Tat Moses ein besserer Leitstern ist als Macchiavelli!

VIII.

Ich kehre zu uns Deutschen zurück und stelle fest: Uns steht es nicht an, die Juden der Welt zur Versöhnung aufzurufen. Wohl aber dürfen wir um Versöhnung bitten.

Wer sich versöhnen will, wer sich die Hand reichen, wer friedlich mit seinem Nächsten leben will, der muss den Kopf heben und den anderen anblicken. Lassen Sie uns deshalb Begegnungen zwischen Juden und Katholiken und Protestanten, zwischen Gläubigen und Freidenkern fördern, auch zwischen Israelis und Deutschen, wo immer dies möglich ist. Die ungewöhnlich grosse Zahl von Begegnungen junger Deutscher und junger Israelis erfüllt mich mit Freude. Die christlich-jüdische Zusammenarbeit erfüllt mich mit Zuversicht.

Wenn der Bundeskanzler seine jüdischen Mitbürger in diesem Staate und in dieser Stadt aus Anlass des besonderen Tages anblickt, wenn er ihnen dankt und sie weiterhin um Mitarbeit in Staat und Gesellschaft bittet: dann tut er dies für die ganz grosse Mehrheit der heute lebenden Deutschen.

Und wenn in dieser Synagoge auch zwei Kölner Schulklassen sich an der Gedenkfeier beteiligen, so tun sie dies anstelle der ganz grossen Mehrheit der Jugend unseres Volkes.

IX.

Ich weiss, dass die grosse Mehrheit der Menschen in unserem Staat die gleichen Lehren gezogen hat, die ich heute zu formulieren versucht habe.

Aus der gleichen Grundeinsicht sind vor dreissig Jahren unser Grundgesetz und unser Staat entstanden. Wir haben damit einen neuen, einen guten Anfang gemacht. Wir sind stolz auf diesen Staat, stolz auf unsere offene Gesellschaft und stolz auf deren Traditionen. Wir verteidigen diesen Staat und diese Gesellschaftsform mit Entschlossenheit. Es ist der gerechteste Staat, den es bisher in der deutschen Geschichte gegeben hat. Es ist die freieste Gesellschaft unserer Geschichte.

Wir werden ihren Feinden wehren.

Wir werden die gute Tradition dieses Staates fortführen.

Wir wissen von einem grossen Sozialisten, unserem französischen Nachbarn Jean Jaurés, seit langer Zeit: Tradition

⁴ Erinnert sei auch an die »Erklärung der deutschen Bischöfe zum Eichmann-Prozess« und das »Gebet für die ermordeten Juden und ihre Verfolger« vom 31. 5. 1961 (in FrRu, a. a. O., S. 3) sowie den »Bussruf der deutschen Bischöfe« (FrRu XIV [23. 9. 1962], S. 3).

bewahren heisst nicht: Asche aufheben. Sondern Tradition bewahren heisst: eine Fackel am Brennen erhalten. Die Fackel: das bedeutet die Liebe zum Menschen, das bedeutet die Achtung vor der Würde jeglicher Person. Die Fackel bedeutet den obersten Wert unseres Grundgesetzes: die Würde der Person und ihre Freiheit.

II 30 Jahre – Vom Land Palästina zum Staat Israel . . . *

Ausstellung in Freiburg i. Br. 1978 zum 9. November

Eine Verbindung zwischen gestern und heute im Verhältnis zwischen Deutschen und Israel versucht die Ausstellung »30 Jahre – Vom Land Palästina zum Staat Israel . . .« herzustellen. Dokumente über die Ereignisse von 1938 und Bilder über das heutige Israel sind noch bis zum 24. November in der Stadtbücherei zu sehen.

Ein Blick um vierzig Jahre zurück, ein Blick auf die Gegenwart des Staates Israel, vor allem aber ein Beitrag zur selbstverständlichen Partnerschaft zwischen Juden und Christen – all das will die Ausstellung »30 Jahre – Vom Land Palästina zum Staat Israel« sein, die am Donnerstagnachmittag in der Stadtbücherei eröffnet wurde. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft Freiburg hat Dokumente, Schriften und Bilder zusammengetragen, die den Blick in die Vergangenheit als Fundament für das Verständnis des Staates Israel verstehen.

Diese Ansicht über das Verhältnis Juden-Christen teilte auch der Botschaftssekretär Dan Ashbel von der israelischen Botschaft in Bonn. Man könne nicht nur an die Vergangenheit, nicht nur an die Zukunft denken, sondern man müsse alles zusammensehen, um ein besseres Verständnis für den Staat Israel zu bekommen . . .

* *ibid.* (vgl. o. S. 29, Anm. *).

5 Zur Erklärung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz anlässlich der Holocaust-Fernsehserie, 31. 1. 1979

Vorbemerkung der Schriftleitung des Freiburger Rundbriefs:

Die nachstehende Erklärung des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz ist als Reaktion gegen verschiedene allzu pauschale Angriffe gegen die katholische Kirche wegen ihres religionspolitischen Verhaltens vor und während der NS-Zeit zu verstehen. Das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz ist offensichtlich besorgt, dass die katholische Kirche zum Sündenbock auch für solche Verbrechen gemacht wird, die antichristlich und antijüdisch waren. Ausserdem wissen heute kirchliche Autoritäten, dass viele Christen unter schweren Identitätskrisen leiden, weil sie den Eindruck haben, die Kirchen hätten zur Zeit des Nationalsozialismus radikal versagt. Dazu erinnern wir auf die auch unten hingewiesene Erklärung der gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vom 22. 11. 1975 (vgl. u. S. 117), in der es u. a. heisst: » . . . Und wir waren in dieser Zeit des Nationalsozialismus trotz beispieldhaften Verhaltens einzelner Personen und Gruppen aufs Ganze gesehen doch eine kirchliche Gemeinschaft, die zu sehr mit dem Rücken zum Schicksal dieses verfolgten jüdischen Volkes weiterlebte, deren Blick sich zu stark von der Bedrohung ihrer eigenen Institutionen fixieren liess und die zu den an Juden und Judentum verübten Verbrechen geschwiegen hat . . .« Heute scheint nun oft dieses kirchliche Versagen bei Kirchenausritten eine Alibi-Funktion zu haben. Die Schriftleitung des Freiburger Rundbriefs ist überzeugt, dass weder apologetisch gefärbte katholische Verlautbarungen noch ein pauschaler Antikatholizismus einer gründlichen Aufarbeitung des Auschwitz-Geschehens dienlich ist. Vielmehr muss die historische Wahrheit in ihrer ganzen Differenziertheit und Vielfalt für heute und morgen zum Tragen kommen. Nachstehend bringen wir das Schreiben des Sekretariats der Bischofskonferenz wie auch kritische Anmerkungen dazu.

I Die katholische Kirche und der Nationalsozialismus

*Der Wortlaut**

Die »Holocaust«-Serie des Dritten Programms der ARD hat erneut die Diskussion um die nationalsozialistische Judenverfolgung entfacht. Dabei wird auch die Frage nach dem Verhalten der katholischen Kirche unter dem NS-Regime gestellt.

I. Wie Eugen Kogon zu Recht festgestellt hat, kann man totalitäre Systeme nicht bekämpfen, wenn sie sich etabliert haben, sondern nur vorher. Das aktuelle Beispiel Kambodscha hat das noch jüngst eindringlich bestätigt.

Der deutsche Episkopat hat schon um die Jahreswende 1930/31 die zentralen Aussagen der nationalsozialistischen Weltanschauung für unvereinbar mit der Lehre der Kirche erklärt. Die Ablehnung des Nationalsozialismus durch die katholische Kirche war nach dem Urteil des evangelischen Kirchenhistorikers Klaus Scholder von »eindrucksvoller Geschlossenheit«. Dies zeigte sich besonders daran, dass der Nationalsozialismus in katholischen Gebieten bei Wahlen keine Mehrheit erhielt.

II. Die Machtergreifung brachte die Kirche in eine schwierige Lage, da über Nacht aus einer lehramtlich verurteilten Bewegung die legale staatliche Obrigkeit geworden war, der man den staatsbürgerlichen Gehorsam schuldete. In dieser Situation schloss der Hl. Stuhl nach zähen Verhandlungen am 20. Juli 1933 mit der Reichsregierung das Reichskonkordat. Er tat es nicht, um die Regierung Hitler moralisch aufzuwerten, sondern um die durch den Sog der Gleichschaltung gefährdete unver-

* In: Pressedienst des Sekretariats der Deutschen Bischofskonferenz Nr. 4/79.

(1) Vgl. Ulrich von Hehl, *Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945*. Mainz 1977, Seite 234. – Es scheint, dass die Bischöfe der Auffassung waren, als Weg der Rettung bleibe für die Juden nur noch die Auswanderung. Unter dem Eindruck der »Reichskristallnacht« überwiesen die westdeutschen Bischöfe zusätzlich 20 000 Reichsmark an den von der Deutschen Bischofskonferenz eingerichteten Hilfsfonds für Juden, aus dem vor allem Auswanderer unterstützt wurden. Wenige Tage nach der »Reichskristallnacht« erschien Gauleiter Julius Streicher in Köln. Er warf in seiner Rede (15. November 1938) der katholischen Kirche vor, sich für die Juden einzusetzen. Papst Pius XI. verwende sich deshalb für die Juden, weil in seinen Adern jüdisches Blut fiesse (vergleiche die Berichte in der »Kölnischen Zeitung« vom 15. November 1938 und im »Kölner Stadtanzeiger« vom 15. November 1938). – In München versuchte am Abend des 11. November 1938 eine aufgeputschte, grölende Masse, das Haus des Kardinals Michael Faulhaber zu stürmen. Wie bei den jüdischen Geschäften wurden die Fenster zertrümmert.

In Berlin erklärte Dompropst Bernhard Lichtenberg (1875–1943) in einer Predigt am 10. November 1938 folgendes: »Was gestern war, wissen wir; was morgen ist, wissen wir nicht; aber was heute geschehen ist, das haben wir erlebt: Draussen brennt der Tempel – das ist auch ein Gotteshaus!« Dompropst Lichtenberg trat auch weiterhin für die Juden und die Konzentrationslagerhäftlinge ein. Er wurde denunziert und am 23. Oktober 1941 verhaftet. Zwei Jahre musste er im Strafgefängnis Berlin-Tegel verbringen; er starb auf dem Transport in das Konzentrationslager Dachau am 5. November 1943.

In Münster sah Bischof Clemens August von Galen »auf Bitten von Vertretern der münsterschen Judenschaft« davon ab, auf der Kanzel gegen die Judenverfolgung zu protestieren, »um deren Lage – nach ihrer eigenen Einschätzung – nicht zu verschlechtern« (R. Morsey, Clemens August Kardinal von Galen. In: *Internationale katholische Zeitschrift* Jg. 7, 1978, S. 436).

Kardinal Josef Frings protestierte gegen die Judenverfolgung in Predigten am 25. 12. 1943 und am 12. 3. 1944. Er forderte am 12. März 1944 in Gross St. Martin zu Köln, »dass niemand seiner Güter oder gar seines Lebens beraubt werde, der unschuldig ist, etwa deshalb, weil er einer fremden Rasse angehört«. – Der Nationalsozialistische Lehrerbund (NSLB) inszenierte nach der »Reichskristallnacht« eine »spontane« Aktion zur Niederlegung des Religionsunterrichts, da »eine Verherrlichung des jüdischen Verbrechervolkes« nicht länger geduldet werden könne (U. v. Hehl, a. a. O., S. 188 f.).